

AKTUELL

GEMEINDEWAHLEN

Nachhaltigkeit als Zukunftsmodell

Christiane Walerich

Die Gemeindewahlen 2011 sollen als Chance für eine nachhaltige Gemeindepolitik genutzt werden. Das fordert der Mouvement Ecologique und wartet gleich mit einem ganzen Kompendium von Ideen auf.

„Iwwerlooss d'Politik net dem Zoufall“, so der Spruch unter der Abbildung einer Slotmaschine, die das Cover der Broschüre des Mouvement Ecologique bildet. Fast schon ist es Tradition, dass der Méco anlässlich der Gemeindewahlen konkrete Anregungen für eine ökologische und nachhaltige Gemeindepolitik erstellt. Dieses Mal kommen sie in Gestalt einer 144-seitigen Broschüre plus 32-seitiger Kurzfassung daher, die potentiellen Gemeindeakteuren, Politikern und

Interessenten zur Verfügung gestellt werden soll.

Handeln sei dringlicher als je zuvor, mahnt der Méco. Denn mit den globalen Herausforderungen wachsen auch die Ansprüche an die Gemeinden: Klimaschutz, Energiekosten, Ressourcenknappheit, die Abnahme der Biodiversität und sogar die ungerechte

Verteilung des Reichtums zwischen Norden und Süden, und nicht zuletzt die europäischen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen - all das hat in zunehmendem Maße Auswirkungen auch auf der Ebene der Kommunen. „Wir müssen aus der Wachstumsspirale heraus. Wir brauchen mehr soziale Kohäsion, mehr soziale Netze, mehr Regionalisierung weg von der Weltmarktorientierung“, fordert Blanche Weber, die Präsidentin des Méco.

Dabei sei die Gemeinde nicht ein bloßer Verwalter, sondern ihr komme, als Instanz mit realer Gestaltungskraft, eine wichtige Rolle zu: „Wir sehen die Gemeinden als zentrale Akteure der Zukunftsgestaltung schlechthin“, so Weber. Und: „Alltagsentschei-

dungen auf Basis der Nachhaltigkeit zu treffen, klingt banal. Ist es aber nicht“. Einen guten Leitfaden bieten hier die „Zehn Kennzeichen zukunftsorientierter Gemeinden“, die der Mouvement erstellt hat - auch wenn sie sich ein wenig wie die zehn Gebote der Bibel lesen. Die Broschüre des Mouvement stellt insgesamt eine Art Kompendium dar, das ein breites Themenfeld abdeckt: Bürgerbeteiligung, nachhaltige Finanzpolitik, Natur- und Landschaftsschutz, Mobilität, Energiesparen und Klimaschutz, regionale Wirtschaft, Gesundheitsförderung und sogar die Nord-Süd-Politik werden in ihrem Verhältnis zu den Gemeinden und ihren Erfordernissen und Problemen diskutiert. Konkrete Anregungen werden ebenfalls gegeben. Links zu Akteuren von Best-Practice-Beispielen hätten die Nützlichkeit der Broschüre allerdings noch gesteigert.

Beide Publikationen können beim Mouvement Ecologique, 4 rue Vauban, L-2663 Luxemburg, Tel. 439030-1, meco@oeko.lu bestellt werden (Preis der Broschüre 8 Euro) und sind auf den Homepages www.meco.lu sowie www.gemeingewahlen.lu einsehbar.



REFORM DER SECONDAIRE-OBERSTUFE

Mit Methode büffeln

Richard Graf

Luxemburgs SchülerInnen sollen selbständiger und mit mehr methodologischen Kenntnissen auf ein weiterführendes Studium vorbereitet werden.

Im März 2010 hatte das Unterrichtsministerium sein „document d'orientation“ (siehe woxx 1049) zur Reform der Oberstufe des Sekundarunterrichts vorgelegt. 14 Monate später wurden jetzt drei Punkte, die seither die Diskussionen dominieren, präzisiert. Diese sind erstens der spezielle, über einen längeren Zeitraum führende „travail d'envergure“, zweitens das Sprachenstudium und drittens der Studienaufbau in den einzelnen Jahrestufen.

Ministerin Mady Delvaux-Stehres (LSAP) erläuterte am Donnerstag noch einmal die Gründe, die das Ministerium zu den einschneidenden Änderungen bewogen haben. Die langfristig angelegte Sonderarbeit, die nach der Reform jede Schülerin und jeder Schüler in der vorletzten Klasse ablegen muss, sei eine Antwort auf die Einsicht, dass Luxemburgs Schü-

lerschaft zwar in puncto Wissen im internationalen Vergleich durchaus mithalten könne, es im methodologischen Bereich aber Defizite gebe. Die Sonderarbeit sei ein Mittel, die SchülerInnen an selbständiges Arbeiten über einen längeren Zeitraum hinweg heranzuführen.

Der Anpassung der „grilles horaires“ in den Klassen 10 bis 13 (respektive „4e“ bis „1re“ im klassischen Unterricht) liegt eine ähnliche Überlegung zugrunde: Die Universitäten verlangen neben einer speziellen fachlichen Vorbereitung auch eine hohe Allgemeinbildung. Weil z.B. SchülerInnen in der aktuellen Sprachensektion A kaum noch Mathematikurse belegen, kam es vor, dass gewisse Universitäten sie nicht zum Studium zuließen, selbst wenn sie sich sprachlich weiterorientieren wollten.

Die Reform versucht jetzt eine Art Dreisprung: Sprachen und Mathematik bleiben in allen Sektionen durch die Bank Pflichtfächer; daneben gibt es eine Kursauswahl in den Spezialfächern, die die SchülerInnen bevorzugen, und einen Block von allgemein-

bildenden Wahlfächern, die ebenfalls über alle Klassen hinweg belegt werden müssen. Als Konsequenz entfallen die zahlreichen Einzelsektionen. Im klassischen Unterricht soll nur noch nach den Dominanten Humanwissenschaften oder Naturwissenschaften unterschieden werden. In der technischen Sparte heißen die beiden Zweige dann „commerce et communication“ beziehungsweise „sciences et technologie“.

Die Vielsprachigkeit bleibt dem Luxemburger System erhalten. Im klassischen Zweig müssen alle SchülerInnen des humanwissenschaftlichen Zweiges Deutsch, Französisch und Englisch bis zur letzten Klasse belegen. Der wissenschaftliche Zweig lässt in der letzten Klasse eine der drei Sprachen weg. Die Sprachausbildung soll entsprechend dem europaweiten Referenzkader (CECR) in verschiedenen Stufen angeboten werden. SchülerInnen des klassischen Unterrichts müssen dabei Kurse des sehr hohen Niveaus „C1“ belegen, in einer der Sprachen können sie sich auch auf das Niveau „B2“ abstimmen lassen. Im technischen Unterricht sind die Vorgaben ähnlich, nur die CECR-Leistungsvorgaben liegen jeweils um eine Stufe tiefer. Im wissenschaftlich ausgerichteten Zweig wird zudem Englisch bis in die letzte Klasse zum Pflichtfach.

Die Ministerin sieht in dem Verschwinden der einzelnen Spezi-

alsektionen keine Abwertung der jeweiligen Fachbereiche. Je nach Fächerkombination könnten SchülerInnen selbständig ihre Spezialisierung sogar weiter treiben als bisher. Allerdings führt dieses weit ausgelegte Optionssystem zur Sprengung des gewohnten Klassenverbands, da nicht mehr alle Kurse von allen zugleich belegt werden.

„Wir brauchen im 21. Jahrhundert andere Strukturen als im 20.“, meint die Ministerin, die gerne eingesteht, dass eine große Umwälzung auf alle Betroffenen zukommt. Dass bei der Vorstellung der Reform die meisten LehrerInnen zunächst einmal genau wissen wollten, welche Folgen dies für ihr jeweiliges Fach hätte, findet sie normal. Wichtiger sei aber, was den SchülerInnen am Ende geboten werde und was man ihnen abverlangen könne - und da seien 30 beziehungsweise 31 Wochenstunden das oberste Limit.

Selbst wenn die jetzt mit den Fachkreisen und Schuldirektionen eingeleiteten Konsultationen bis zum Herbst abgeschlossen werden können, dürfte das entsprechende Gesetz nicht vor 2012 zur Abstimmung gelangen. Erste Ansätze zur Einführung des neuen Systems sind demnach wohl erst frühestens für 2013 - ein Jahr vor dem regulären Wahltermin - zu erwarten.